

11.10.2018

Lorientallee als Alternativ-Route für den Durchgangsverkehr beschildert

Die Schilder, die künftig zur Verbesserung der Luftreinhaltung in Ludwigshafen die Lorientallee als Alternativ-Route zur Heinigstraße für den Durchgangsverkehr ausweisen, werden seit Donnerstag, 11. Oktober 2018, aufgestellt. Die Beschilderung, die etwa zwei Tage in Anspruch nimmt, bildet den Startpunkt für weitere Anpassungen in den nächsten Wochen. Dazu gehören beispielweise Markierungsarbeiten oder die Kennzeichnung eines Radwegs, mit denen eine Maßnahme zur Senkung der Stickstoffdioxidbelastung in der Heinigstraße umgesetzt wird, um Diesel-Fahrverbote zu vermeiden. "Saubere Luft und das Vermeiden von Diesel-Fahrverboten sind zwei Seiten einer Medaille. Mit dieser Maßnahme gelingt es, beiden Seiten gerecht zu werden", betonte Bau- und Umweltdezernent Klaus Dillinger.

Die Schilder mit dem Schriftzug "Luftreinhaltung Heinigstraße – Bitte Wegweisung beachten" informieren auf den verschiedenen Zufahrtsstrecken zur Heinigstraße – zum Beispiel Bürgermeister-Grünzweig-Straße, Sumgaitallee und Lorientallee – über die alternative Route. Um die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zum Handeln zu bewegen, werden mehrere Maßnahmen ausgeführt, um die Attraktivität der Heinigstraße für den Durchgangsverkehr zu senken. Dazu wird unter anderem die Anzahl der Fahrstreifen in der Heinigstraße in Nord-Süd-Richtung zugunsten eines Radstreifens bis zur Kaiser-Wilhelm-Straße reduziert. Ferner fällt eine Linksabbiegerspur von der Sumgaitallee in die Heinigstraße auch hier zugunsten eines neuen Radstreifens weg und künftig steht nur eine Spur für den Geradeausverkehr von der nördlichen in die südliche Heinigstraße vor der Einmündung Sumgaitallee zur Verfügung. Weiterhin wird die Programmierung der Verkehrsampeln an die veränderte Straßenbedingungen und Verkehrsführung angepasst beziehungsweise optimiert.

Für die nach Aufstellen der Hinweistafeln noch vorzunehmenden Markierungen müssen Abschnitte der Heinigstraße und der umliegenden Strecken für den Verkehr zwei bis drei Tage gesperrt werden, um die witterungsabhängigen Arbeiten durchzuführen. Die Stadtverwaltung wird über die einzelnen, nacheinander erfolgenden Beeinträchtigungen des Verkehrs informieren.

Hintergrund:

Im Stadtgebiet von Ludwigshafen werden vom Landesamt für Umwelt Rheinland-Pfalz im Zuge des Zentralen Messnetzes Immissionsschutz aktuell drei Messstationen betrieben: Ludwigshafen-Oppau, Ludwigshafen-Mundenheim und Ludwigshafen-Heinigstraße.

Während an den Stationen in Mundenheim und Oppau die Stickstoffdioxid-Konzentrationen mit 22 beziehungsweise 30 Mikrogramm pro Kubikmeter deutlich unter dem derzeit geltenden Jahresimmissionsgrenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter liegen, wird an der Messstation Ludwigshafen-Heinigstraße, die als Verkehrsstation eingestuft ist, der gültige Stickstoffdioxid-Jahresimmissionsgrenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter überschritten. Für 2016 wurde eine Überschreitung von 6 Mikrogramm pro Kubikmeter festgestellt.

Im vergangenen Jahr sank die gemessene Stickstoffdioxid-Konzentration auf 44 Mikrogramm pro Kubikmeter. Die aktuellen Luftreinhaltungspläne Ludwigshafens beinhalten bereits umfangreiche Maßnahmenpläne, die die sichere Einhaltung des Jahresimmissionsgrenzwerts für Stickstoffdioxid bis spätestens 2020 gewährleisten sollen.

Da die Stickstoffdioxidbelastung an der Messstelle Heinigstraße vorrangig vom Verkehr bestimmt wird, wurde in einer Verkehrsuntersuchung festgestellt, welche Verkehrslenkungsmaßnahmen am sogenannten Hot-Spot Heinigstraße möglich sind und welche Beiträge diese Maßnahmen für den Innenstadtverkehr liefern werden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen führten zu dem oben genannten Konzept, um eine kurzfristige Reduzierung der Schadstoffbelastung zu erreichen und damit auch Fahrverbote zu vermeiden. Die Maßnahmen sind Teil des Förderpaketes, das auf Landesmittel zurückgreift und später auch auf Bundesmittel im Zuge des Masterplans "Green City".

Die Umsetzung des Konzepts zur Stickstoffdioxid-Entlastung der Heinigstraße wurde im Bau- und Grundstücksausschuss am 7. Mai 2018 beschlossen und kostet rund 210.000 Euro, die aus den Mitteln des Landes Rheinland-Pfalz für Sofortmaßnahmen gegen Luftverschmutzung finanziert werden. Das Land hatte den Städten Ludwigshafen, Mainz und Koblenz für Maßnahmen zur Senkung der Stickoxid-Belastung jeweils eine Million Euro gewährt.